

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint wöchentlich nachmittags, 4 Uhr, 200 Blätter, bei Postbestellung 1,50 Mk. monatlich. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter, Postboten, unsere Ausleger u. Geschäftsleute bringen es zu jeder Zeit. Der Preis höherer Klassen ist aber Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend



Verlagspreis: 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206 — Bei Konfirmation und Trauung ist jeder Anspruch auf Nachzahlung ausgeschlossen. — Druckerei: Wilsdruff, Dresden 2640

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 16 — 95. Jahrgang — Drahtanschrift: "Tageblatt" — Wilsdruff, Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Montag, den 20. Januar 1936

## Gelobte Demokratie.

Aus den Hochburgungen des demokratischen Systems: Paris und New York.

Nachdem sich die französischen Gerichte monatelang durch den Affenraub über den Stavisky-Skandal durchgekämpft haben, ist nunmehr endlich das Urteil gesprochen worden. Elf Freisprüche sind erfolgt, und darunter ist auch Frau Stavisky, die schöne Arlette, wie man sie nannte, eine Frau, die einmal im Gesellschaftsleben in Paris eine große Rolle gespielt hat wegen ihrer Schönheit und wegen der großen Beziehungen ihres Mannes zu hohen und höchsten Staatsstellen. Diejenigen Angeklagten, die aber verurteilt worden sind, werden nicht über die Härte des Gerichts zu klagen haben, denn bis auf einen Zuchthausurteil für den Leihhausdirektor von Bayonne, Liffier, der sieben Jahre Zuchthaus bekam, sind sie alle mit ziemlich milden Gefängnisstrafen, sogar noch mit Strafausschub, weggekommen. Wenn man bedenkt, daß Stavisky und Konfanten durch ihre Diebstahlschneidungen, die wohl unerreicht geblieben sind in der ganzen Welt, den französischen Staat um mehrere 100 Millionen betrogen haben, dann muß man wohl sagen, daß das Urteil des Gerichts in einem Mißklang zum Umfang des angerichteten Schadens steht. Gewiß, der Hauptschuldige Stavisky hat seinem Leben rechtzeitig ein Ende gesetzt, aber seine Mitbeteiligte, die seine Pläne trugen, sind recht glimpflich davongekommen. Dabei haben sie nicht nur ihrem Herrn brav zugehört, sondern auch selbst miteinander in ihren Schiebergeschäften gewetteifert. — Hier kommt was nicht! Wir können das Urteil der französischen Öffentlichkeit sehr wohl verstehen, die da sagt, daß sie die Milde des Gerichtes nicht überrascht hätte, denn die Hauptschuldigen hätten sich nicht unter den Angeklagten befunden. Man erinnert sich, daß wegen des Stavisky-Skandals Rabinette kürzlich, daß Namen von Ministern, ja Ministerpräsidenten bei der Untersuchung aufstauten, daß in Paris eine blutige Revolte ausbrach, als Stavisky's Schiebergeschäfte bekannt wurden. Aber das Gericht hat sich wohl gehütet, hier in die Dinge hineinzulassen. Vermutlich wäre da manches zutage gekommen, was dem Nimbus des Staates und der Demokratie geschadet hätte.

Das Gericht hat versucht, was zu vertuschen war. Es hat aber nicht verhindern können, daß der Stavisky-Skandal das Urteil über das demokratische System gesprochen hat. Denn wenn allein 21 Abgeordnete auf der Anklagebank sitzen, weil sie zum Kreise Stavisky gehörten, wenn Staatsanwälte und Minister verurteilt wurden, dann gibt uns das einen Begriff davon, wie unter dem Deckmantel der gelobten Demokratie Stavisky und Konfanten ihre Geschäfte haben treiben können. Hier haben wir wieder einmal das demokratische System, wie es ist: Bestechung, Begünstigung, Intrige, Geschäftemacherei. Das alles sind Stumpfschützen der Demokratie. Hier hat das süßliche Schiebertum die Kräfte, die es für sein dunkles Gewerbe braucht. Und Stavisky war ein Meister der Kunst, die seine Klasse beherrscht. Er machte Geld und wenn es auch auf Kosten des Volkes und des Staates ging. Das erinnert uns so an unsere Barma- und Kuffeler-Pläten, die in der Systemzeit Staat und Volk ausbeuteten. Und daran wollen wir denken, wenn wir das Stavisky-Urteil lesen, dann wird jeder daraus selbst seine Schlüsse ziehen können und von neuem danken, daß der Nationalsozialismus den deutschen Augiasstall gründlich ausgemistet hat.

Der Untersuchungsausschuß über die Munitionslieferungen Amerikas während des Weltkrieges bringt mehr an das Tageslicht, als wohl selbst denen lieb ist, die die Untersuchungen leiten. Soviel ist bisher schon erwiesen, daß amerikanische Kapital hat ein Wort mitzureden gehabt, als es sich um Amerika's Eintritt in den Weltkrieg handelte. Das Großkapital sah ein Geschäft, und für Millionenengeschäfte müssen gegebenenfalls auch Kriege in Kauf genommen werden. Da kommt es nicht auf den einzelnen Mann an, der für das Kapital ins Feld zieht, auch nicht auf das Volk, das Opfer bringt, weil der Staat Kriege führt; da kommt es allein darauf an, wie hoch sich das Großkapital die Gewinne aus dem Kriege berechnen hat. Dementprechend ist der Einsatz. Aber noch mehr kommt bei diesen interessanten Untersuchungen heraus; da ist das Tagebuch des Staatssekretärs Lansing, des Beraters des Präsidenten Wilson, veröffentlicht worden.

Herr Lansing wußte wohl, weshalb er seinerzeit, als er aus der Regierung ausschied, das Tagebuch nicht zu den Akten legte, sondern mit nach Hause nahm. Erst nach seinem Tode sind die Aufzeichnungen bekannt und nunmehr im Untersuchungsausschuß veröffentlicht worden. Sie sind ein interessanter Beitrag zur Vorgeschichte des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg. Denn sie beweisen nicht mehr und nicht weniger, als daß das amerikanische Volk von einer politischen Klasse um Wilson in den Krieg gegen Deutschland hineingetrieben

## Scharfe Angriffe auf die Politik Laval's.

### Radikalsozialistische Minister treten aus der Regierung Laval aus.

Der Radikalsozialistische Vollzugsausschuß hat Sonntag nachmittag den ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier zum Parteivorherrn gewählt, da Herriot sich weigerte, eine etwaige Wahl anzunehmen. Auf Antrag Daladiers wurde Herriot sodann einstimmig zum Ehrenvorsitzenden erklärt.

Der dem linken Flügel der radikalsozialistischen Kammerfraktion angehörende Abgeordnete Jean Favre erstattete anschließend Bericht über die allgemeine Politik der Partei. Es sei notwendig, daß Einstimmigkeit über die politische Auffassung der Partei erzielt werde. Favre behandelte sodann die Gründe, die Herriot dazu veranlaßt hätten, aus der Regierung auszutreten, und wies in diesem Zusammenhang auch auf den Entschluß der übrigen radikalsozialistischen Minister hin, die beschloßen hätten, Herriot zu folgen. Der Redner forderte den Vollzugsausschuß auf, Kenntnis von dieser Stellungnahme der radikalsozialistischen Minister zu nehmen und sie zu billigen.

Auf außenpolitischem Gebiet habe der Fraktionsvorsitzende Delbos in der Kammer die Ansichten der Partei vertreten. Die Abstimmung habe im übrigen gezeigt, daß die große Mehrheit der radikalsozialistischen Fraktion gegen die Politik Laval's eingestuft sei. Wenn trotzdem einige für die Regierung gestimmt hätten, so nur deshalb, weil der Hausfuß und die Frage der Kampfbünde noch nicht verabschiedet gewesen seien.

Nach dem Abgeordneten Favre ergriff ein Mitglied des Vollzugsausschusses das Wort, um in scharfer Form die Außenpolitik Laval's zu kritisieren. Laval habe den Völkerverbundspakt verleugnet, der Frankreichs Sicherheit garantiere. Laval habe außerdem die Bande gelöst, die Frankreich an England knüpften und an seine mitteleuropäischen Freunde. Der Redner warf dem Ministerpräsidenten außerdem vor, den französisch-russischen Pakt noch nicht ratifiziert zu haben. Herriot habe nicht gewollt, daß dieser Zustand noch länger andauere, und den Mut, den er mit dem Austritt aus der Regierung beweise, könne man nur anerkennen. Der Redner brachte sodann einen Entschleunigungsentwurf ein, wonach

kein Parteimitglied sich in Zukunft der Politik Laval's anschließen dürfe und der Stimmzwang in diesem Punkte unbedingt durchgeführt werden müsse.

Im Laufe des Vormittags hatten sich die Vorsitzenden und Generalsekretäre der einzelnen Landesauschüsse der Partei versammelt und eine Entschleunigung angenommen, in der sie den Austritt sämtlicher radikalsozialistischen Minister aus der Regierung begründeten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Radikalsozialistischen Vollzugsausschusses sprach Staatsminister Herriot über die Rolle der radikalsozialistischen Minister im Kabinett Laval. Herriot erklärte, vor einigen Tagen habe er dem Ministerpräsidenten gesagt, daß er aus der Regierung auszuscheiden wünsche. Wenn er persönlich als Minister ohne Portfeuille ausscheide, so habe das nur geringe Bedeutung. Wenn aber eine Gruppe von Ministern ausscheide, so bedeute das die Krise, und zwar eine Krise, die vom Vollzugsausschuß der Partei herbeigeführt worden sei.

Der Ausschluß nahm dann mit großer Mehrheit eine Entschleunigung an, in der u. a. zum Ausdruck gebracht wird,

daß die Politik des französischen Ministerpräsidenten Laval im Widerspruch zu dem Parteiprogramm stehe, daß auf der letzten Landesversammlung der Radikalsozialistischen Partei in Paris aufgestellt worden sei, und zwar sowohl in außenpolitischer Beziehung als auch auf anderen Gebieten.

Ministerpräsident Laval, der sich vor seiner Reise nach Genf in seinen Geburtsort Chateaufort begeben hatte, empfing dort einen Vertreter des "Paris Soir". Laval betonte, daß die innenpolitischen Wirren Frankreich nicht der Vertretung in Genf verhandeln dürften. Auf die Frage, ob die Genfer Sitzung wichtig sei, erwiderte der Ministerpräsident, unter den gegenwärtigen Umständen seien alle Sitzungen in Genf wichtig.

Auf die Innenpolitik eingehend, erklärte Laval, er habe in offener und ehrlicher Zusammenarbeit mit allen Ministern und besonders mit Herriot seit Juni eine Reihe bedeutender Maßnahmen getroffen, die die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes erforderlich hätten. Man habe die Ordnung wiederhergestellt, die Gefahr liege, daß sie zu werden. Es bleibe sicherlich noch viel zu tun. Denn man befindet sich erst auf dem langsame Weg der Besserung.

Auf dem Platz, den er einnahm, könne er aber übersehen, daß das Land Ruhe brauche, und er werde alles tun, was in seinen Kräften stehe, um zu verhindern, daß Frankreich in Wirren gerät, welche die allen seinen Interessen nur schädlich sein könnten.

## Nicht Massenorganisation, sondern Auslesegemeinschaft.

Der Reichsjugendführer über die Erziehung der Jugend.

Reichsjugendführer Waldborn sprach vor der Jugend des Gau's Halle-Merseburg, die sich in Leuna wahl zu einem Führerappell versammelt hatte.

Unsere Gemeinschaft, so führte er u. a. aus, ist kein Schlagwort, sondern lebendige Wirklichkeit, für die sich 21 unserer besten Kameraden opferten. Uns hat mehr zusammengeführt als der Wunsch, einen großen Jugendverband zu gründen: Es ist die aus dem Nationalsozialismus geborene erzieherische Idee. Wir können den Unterricht der Jugend nicht übernehmen, ebensowenig wie die Schule unsere Tätigkeit übernehmen kann. Aber wie können uns ergänzen.

Nach in diesem Jahre wird ein Erziehungsgang eingerichtet, der die gesamte deutsche Jugend mit der tragenden Idee der Zeit in Berührung bringt.

Wir werden durch erhöhten Einsatz unserer Arbeit bis zum Jahresende das Jungvolk so erweitern, daß alle, die im Jungvolkalter stehen, von dieser Organisation erfasst werden. Die HJ wird die Weichen des Jungvolks in die Nachwuchsorganisation der Partei berufen. Sie findet damit zu ihrer wesentlichsten und tiefsten Aufgabe zurück, die in der Vergangenheit vielleicht mitunter übersehen wurde: nicht Massenorganisation, sondern Auslesegemeinschaft der Jugend zu sein.

Zu den in München und Braunschweig bestehenden Akademien für Jugendführer

wird als Schulungstätte der HJ Führerschule die Reichssportschule des DDF, treten, die in Vertessgaden errichtet wird. In der so vollendeten Organisation der Reichsjugend hat der Totalitätsanspruch dieser Jugend seinen Ausdruck gefunden.

worden ist. Einer der Hauptkriegstreiber war der verstorbene Staatssekretär Lansing. In seinen Akten gibt er ganz offen zu, daß er mit England seine Abmachungen bereits getroffen hatte, ehe Amerika Deutschland den Krieg erklärte. Seine Aufzeichnungen beweisen weiter, welchen Druck er auf Präsident Wilson ausgeübt hatte, der zögerte, gegen die Stimmung im Volke in den Weltkrieg einzugreifen. Aber Lansing war der Stärkere, er hat es verstanden, die Blicke des Volkes von dem ungeheuren Druck, den England auf den Weltmeeren ausübte und unter dem die amerikanische Handelschiffahrt stand, abzuwenden und ihr stattdessen immer wieder Schreckensbilder vorzuführen, wenn einmal ein amerikanisches Schiff von deutschen U-Booten gelapert oder in den Grund gebodert worden war, weil es nämlich Munition an Bord hatte.

So hat die Regierung Wilson dem Volke Sand in die Augen gestreut, um dem Großkapital die Gewinne am Weltkrieg zu sichern. Der Untersuchungsausschuß wird vermutlich noch weitere interessante Einzelheiten ans Tageslicht bringen. Uns genügt

das bisher Erwiesene schon, denn es ist uns eine Lehre, was im demokratischen System möglich ist. Amerika und Frankreich wetteifern um den Namen des demokratischen aller Staaten. Wir gönnen ihnen den Wettbewerb um so mehr, als wir aus den Enthüllungen in Paris und New York erkennen, welche "Segnungen" das demokratische System für ein Volk bedeutet.

Wir brauchen solche Feststellungen von Zeit zu Zeit, um den großen Vorkämpfern für die Demokratie in Paris und New York, die gelegentlich dem neuen Deutschland eine Lehre geben zu müssen glauben, das wahre Gesicht der Demokratie entgegenhalten zu können. Für uns sind diese Enthüllungen ein neuer Beweis dafür, wie notwendig es war, daß in Deutschland diesem System der Garau gemacht wurde, denn von Korruption, parlamentarischen Intrigen und dergleichen hatten wir bereits in den 15 Jahren genügend zu spüren bekommen. Wir überlassen es anderen Staaten, die an dem System hängen und dafür kämpfen, sich mit den Entdeckungen abzufinden oder gar gutzugeben.